

**Mehr Angebote der Diakonie Hamburg
im Bereich Pflege finden Sie hier:**
www.pflege-und-diakonie.de



Ansprechpartner*innen

Charlotte Riemer

Referentin für ambulante Pflege
riemer@diakonie-hamburg.de
T 040 30620-201

Jochen Bursian

Referent für stationäre/teilstationäre Pflege
bursian@diakonie-hamburg.de
T 040 30620-263

Herausgeber:

Diakonisches Werk Hamburg
Gaußstraße 75
22765 Hamburg
www.diakonie-hamburg.de

Das Pflegeneuordnungs- gesetz (PNOG)

Eine Gefahr für die Versorgungssicherheit
(nicht nur) in Hamburg



Pflege braucht Zukunft!

Die Diakonie setzt sich für eine nachhaltige Reform der Pflege ein. Als Wohlfahrtsverband betonen wir: Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die verlässlich finanziert werden muss. Zudem gilt es, den Pflegeberuf spürbar zu stärken und pflegende Angehörige zu entlasten.

Der aktuelle Gesetzentwurf gefährdet aus Sicht der Diakonie die Pflegequalität, die Versorgungssicherheit und schränkt die Rechte von Pflegenden und ihren Angehörigen ein.

Höhere Kosten im Pflegeheim

Die geplanten Änderungen bei Zuschüssen in der stationären Pflege führen zu einer zeitlichen Streckung der bisherigen Entlastung

- Höhere Eigenanteile für Pflegebedürftige
- Risiko wachsender finanzieller Überlastung bis hin zur „Pflegearmut“
- Steigende Anzahl von Sozialhilfeempfängern

Hürden beim Zugang zu Pflegegraden

Der Zugang zu den Pflegegraden 2 bis 5 soll erschwert werden

- Verschlechterung der Versorgungssituation durch verzögerten Zugang zu bedarfsgerechter Versorgung
- Steigende Belastung der Pflegekräfte in Pflegeheimen

Lockerung der Tarifbindung

Die Tarifrefinanzierung in der Pflege soll abgeschwächt und unterhalb der allgemeine Lohnentwicklung gedeckelt werden

- Rückgang der Attraktivität des Pflegeberufs
- Risiko für Fachkräftemangel steigt
- Tarifgebundene Einrichtungen geraten wirtschaftlich unter Druck, da Kosten nicht vollständig refinanziert werden

Schwächung von Beratung und professioneller Pflege

Pflegeberatung, Schulungen und fachliche Anleitungen sollen nicht mehr durch ambulante Pflegedienste erfolgen

- Zentrale Aufgaben der Pflegedienste fallen weg
- Abwertung pflegerischer Fachkompetenz
- Verschärfung des Fachkräftemangels
- Verlust der „Pflege aus einer Hand“

Ein Sozialraumbudget mit mangelnder Orientierung

Der bisherige Entlastungsbetrag soll durch ein sogenanntes Sozialraumbudget ersetzt werden. Dies führt zu :

- Überforderung ehrenamtlicher, nachbarschaftlich organisierter Strukturen aufgrund hoher Nachfrage nach Betreuungs- und Entlastungsleistungen, durch den Ausschluss professioneller Pflegedienste
- Verlust des Zuganges zur professionellen Unterstützung für Menschen mit Pflegegrad 1 verhindert Pflege-Prävention

Unsere Forderungen



Tarifbindung und Fachkompetenz sichern

Pflegekräfte müssen gemäß ihrer hohen Fachexpertise eingesetzt und fair bezahlt werden.



Ambulante Versorgungsstrukturen erhalten

Die etablierten und funktionierenden Strukturen in der ambulanten Pflege dürfen nicht zerschlagen werden. Pflegedienste müssen weiterhin für die Pflegeberatung, Anleitung und Betreuungsleistungen zuständig bleiben können.



Eigenanteile begrenzen

Pflege darf nicht zur finanziellen Überforderung werden. Neben einer soliden Finanzierung der Pflegekassen stehen auch die Bundesländer in der Pflicht. Sie müssen ihre Investitionskostenbeiträge für Pflegeeinrichtungen angemessen ausbauen.



Pflegeversicherung stärken

Einbezug weiterer Einkommensarten, Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen und Rückzahlung pandemiebedingter Lasten an die Pflegekasse